

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der CDU-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Abgeordneten Iris Schülzke
fraktionslos
des Abgeordneten Péter Vida
fraktionslos
des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

Gedenken an die Opfer der Pogromnacht 1938 – Verantwortung für Gegenwart und Zukunft

Der 9. November ist für uns Deutsche ein zwiespältiger Gedenktag. Das Datum 9. November steht mit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 gleichermaßen für einen Moment großer Freude wie mit der Pogromnacht 1938 für einen bitteren und beschämenden Moment deutscher Geschichte.

Vom 7. - 13. November 1938 wurden im Deutschen Reich mehrere hundert jüdische Menschen ermordet oder in den Selbstmord getrieben. Über 1.000 Synagogen und Gebetsstätten, tausende Geschäfte und Wohnungen jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden zerstört. Ihren ersten Höhepunkt fanden die Ausschreitungen gegen die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden in der heute als Pogromnacht bezeichneten Nacht vom 9. auf den 10. November 1938. In den folgenden Tagen wurden mehrere zehntausend Juden in Konzentrationslager verschleppt, von denen viele in den folgenden Wochen und Monaten ermordet wurden oder später an den Haftfolgen verstarben.

Der Landtag Brandenburg gedenkt in tiefer Ehrfurcht der Opfer der Pogromnacht und den über 6 Millionen Opfern der Shoah.

Auch auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg fanden diese nationalsozialistischen Verbrechen statt. In mehr als 50 Städten und Gemeinden Brandenburgs gab es zu diesem Zeitpunkt jüdische Synagogen und ein jüdisches Gemeindeleben. In der Pogromnacht wurden die meisten von ihnen zerstört, darunter die Synagogen von Brandenburg an der Havel, Eberswalde und Cottbus. Sie wurden geplündert, niedergebrannt und die Inneneinrichtungen zerstört. In das KZ Sachsenhausen wurden zwischen 6.000 und 10.000 Juden verschleppt, die genaue Opferzahl ist bis heute unbekannt.

Die Gründung des Institutes für Jüdische Studien und Religionswissenschaften an der Universität Potsdam im Frühjahr 2013 ist ein großer Gewinn für Brandenburg. Schon 1992 haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehrerer deutscher Universitäten anlässlich des 50. Jahrestages der Wannsee-Konferenz das Moses Mendelssohn-Zentrum für Jüdische Studien als Aninstitut an der Universität Potsdam ins Leben gerufen. Wir freuen uns, dass das Abraham Geiger Kolleg an der Universität Potsdam demnächst seinen 15. Geburtstag feiert; die erste Neugründung eines Rabbiner Seminars nach 1945 in Deutschland. Wir begrüßen die in diesen Wochen stattfindende Umwandlung der Schlosskirche in Cottbus in eine Synagoge. Wir ermutigen die Jüdischen Gemeinden Potsdam, gemeinsam den Weg zur Vollendung des Neubaus einer Synagoge in Potsdam zu beschreiten.

Der Landtag Brandenburg fordert, die Erinnerung an das einstige jüdische Leben in der Mark wie auch die Erinnerung an die Shoah an den historischen Stätten im Land Brandenburg zu bewahren und deren Träger finanziell und personell angemessen auszustatten. Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn in den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Medien mit historischen Dokumentationen ein Beitrag gegen das Vergessen geleistet wird.

Der Landtag Brandenburg bekräftigt den Anspruch, dass jüdisches Leben in Brandenburg in all seiner Pluralität sichtbar sein soll, ohne dass Jüdinnen und Juden Angst vor antisemitischen Angriffen haben müssen. Wir können und wollen aber nicht ausblenden, dass wir von diesem Ziel noch entfernt sind. Antisemitische Einstellungen finden sich in Teilen der deutschen Bevölkerung nach 1945 bis heute, und das nicht nur am rechten Rand.

Besondere Besorgnis bereitet, dass sich unter dem Deckmantel einer angeblichen Kritik an der Politik des Staates Israel neue rechtspopulistische Strömungen und Gruppierungen herausbilden, die auch radikalem Antisemitismus einen Nährboden bieten.

Der Landtag Brandenburg erklärt daher:

- Unsere Demokratie hat gleiche Rechte für alle Menschen, die alle mit der gleichen Würde ausgestattet sind, zur Grundlage. Antisemitismus, in welcher Form er auch immer auftreten mag, ist ein offener Angriff nicht allein auf Jüdinnen und Juden, sondern auf uns alle und auf die Grundlagen unserer freien demokratischen Gesellschaft. Wir werden uns solchen Angriffen, wo immer sie uns begegnen, entschieden entgegenstellen.
- Gegen rassistische und antisemitische Hetze, egal in welchem Gewand sie auftritt, muss konsequent vorgegangen werden.
- Kritische Auseinandersetzung mit der Politik israelischer Regierungen darf nicht als Deckmantel für Antisemitismus missbraucht werden
- Im Wissen um die deutsche Geschichte, des von hier ausgehenden millionenfachen Mordes an europäischen Jüdinnen und Juden, ist und bleibt der Kampf gegen Antisemitismus für uns gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung. Die würdige Ausrichtung des 70. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück ist uns dabei ein besonderes Anliegen.

Die staatlichen Institutionen des Landes Brandenburg, die Brandenburger Zivilgesellschaft und alle Brandenburgerinnen und Brandenburger müssen Antisemitismus und Rassismus bereits in der Entstehungsphase mit allen verfügbaren Mitteln entgegenreten.

Wir sind froh und dankbar dafür, 70 Jahre nach der Shoah wieder aktives jüdisches Leben in Brandenburg zu haben. Das jüdische Leben in Brandenburg, die neu gegründeten Gemeinden und jüdischen Einrichtungen in unserem Land bereichern das Zusammenleben aller Brandenburger und Brandenburgerinnen.

In Brandenburg gibt es eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten, die sich in Schulen, auf der Straße und in der gesamten Gesellschaft gegen Antisemitismus und für ein tolerantes Miteinander einsetzen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass jüdische Kultusgemeinschaften und Verbände, die christlichen Kirchen und muslimische Gemeinden und Verbände in einem interreligiösen Dialog gemeinsam gegen Antisemitismus und Rassismus Stellung beziehen.

In diesem Bewusstsein bekennt sich der Landtag Brandenburg auch dazu, denjenigen Menschen zu helfen, die heute Opfer von Gewalt, Folter und Vertreibung sind.

Wir sehen alle Abgeordneten des Landtages in der Pflicht das Geschehene in Erinnerung zu halten und insbesondere junge Menschen über ihre Verantwortung aufzuklären. Antisemitismus ist keine Bagatelle. Er ist ein Angriff auf die Würde des Menschen und auf die Freiheit von uns allen.

Für die SPD-Fraktion
Klaus Ness

Für die CDU-Fraktion
Prof. Dr. Michael Schierack

Für die Fraktion DIE LINKE
Margitta Mächtig

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Axel Vogel

Iris Schülzke
MdL BVB/FREIE WÄHLER

Péter Vida
MdL BVB/FREIE WÄHLER

Christoph Schulze
MdL BVB/FREIE WÄHLER